

# Eine Gedenkstätte auf dem Hüttengelände

„Wir haben nicht nur geredet, nicht nur nachgedacht, sondern auch gehandelt ...“

Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus, das Erinnern und Mahnen war von Anfang an fester Bestandteil in der Arbeit der IG Metall Salzgitter. Schon in den fünfziger Jahren gab es Gedenkfeiern auf den Friedhöfen Jammerthal und Westerholz sowie Fahrten in die ehemaligen Konzentrationslager Dachau und Bergen-Belsen.<sup>1</sup> Eine intensive Aufarbeitung der Geschichte der Konzentrationslager im Salzgittergebiet fand jedoch nicht statt. Viele Kolleginnen und Kollegen hätten noch über die Lager berichten können, dennoch dauerte es Jahrzehnte, bevor man sich mit diesem Thema auseinandersetzte. Einerseits lag dies wahrscheinlich in den, für die meisten damals aktuellen und damit wichtigeren Problemen wie Demontage, Versorgungslage und Wiederaufbau begründet, andererseits kann davon ausgegangen werden, dass auch die personelle Kontinuität in der Konzernleitung eine Aufarbeitung dieses Defizites verhinderte.

Erst mit dem Erscheinen des maßgeblich von der IG Metall geförderten Buches von Gerd Wysocki „Zwangsarbeit im Stahlkonzern“, kam die Bedeutung des KZ-Außenlagers Drütte für die NS-Wirtschaft und der Einsatz von Zwangsarbeitern im Salzgittergebiet in die öffentliche Debatte.

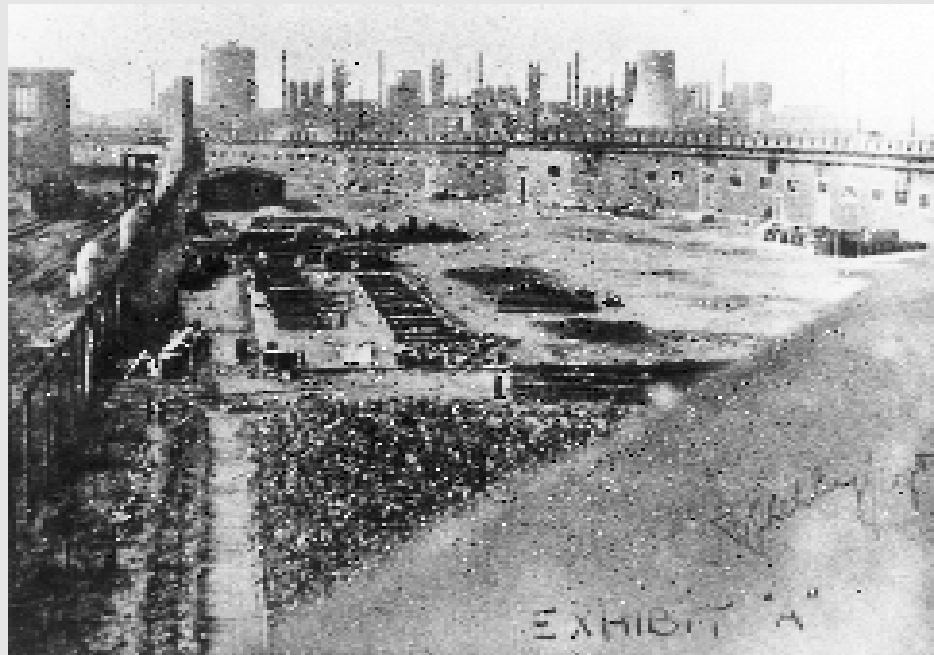
## Ein Stadtjubiläum mit Folgen

Am 1. April 1982 feierte die Stadt Salzgitter ihr 40-jähriges Jubiläum. Erstmals fand eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Salzgitter im Nationalsozialismus“ statt. Volkshochschule und evangelische Erwachsenenbildungsstätte organisierten eine Veranstaltungsreihe mit sechs Vorträgen, deren Schwerpunkte die Fragen der „Machtergreifung“, der NS-Justiz im Lande Braunschweig, der Evangelischen Kirche in Salzgitter, der NS-Industriepolitik und Gründung der Stadt, der Geschichte der „Hermann-Göring-Werke“ und der NS-Betriebspolitik und das Verhalten der Arbeiterschaft in Salzgitter behandelten.<sup>3</sup>

Wie nach jahrzehntelangem Verschweigen und Verdrängen des größten Teils dieser Themen

zu erwarten war, verliefen die Diskussionen im Anschluss an die sehr gut besuchten Vorträge ausgesprochen kontrovers. Die Reaktionen reichten vom „nicht gewußt haben“ bei vielen, über „Stolz, die Front nicht im Stich gelassen zu haben“<sup>4</sup>, bis hin zu Verbitterung über erlittenes Unrecht bei Betroffenen der älteren Generation. Bei vielen jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wuchs das Interesse, mehr zu erfahren.<sup>5</sup> So kam es am 2. April 1982 bei einem von der Stadt organisierten Podiumsgespräch zum Eklat, da kritische Fragen aus dem Publikum vom Diskussionsleiter Dr. Verhey (Leiter des NDR Studios Braunschweig) bewertet und zum Teil nicht zugelassen wurden.<sup>6</sup> Die tatsächlichen politischen Inhalte dieser Auseinandersetzung wurden sowohl im NDR als auch in den regionalen Tageszeitungen verschwiegen. Dies scheint darin begründet gewesen zu sein, dass die Podiumsteilnehmer fast ausschließlich „Personen des öffentlichen Lebens“, einige sogar Ehrenbürger der Stadt waren.

Deutlich wird an diesem Beispiel, wie schwer es auch fast 40 Jahre nach Kriegsende noch war, sich mit der eigenen Stadtgeschichte auseinanderzusetzen. Motiviert durch die Veranstaltungen, aber auch durch die Ignoranz einiger Bürgerinnen und Bürger, gründeten Interessierte den Arbeitskreis Stadtgeschichte, um gemeinsam Aufklärungs- und politische Bildungsarbeit zu leisten. Eine erste „alternative Aktion“ fand am 6. Mai 1982 statt. Während im Ratskeller die geladenen Gäste eines Stadtempfanges den Vortrag von Prof. Riedel über die „Vorgeschichte und Entstehung der Reichswerke und der Stadt“ hörten, fand auf dem Friedhof Westerholz auf Einladung des Arbeitskreises Stadtgeschichte eine Gedenkstunde statt. Die Ansprache von Albrecht Materne fasste das Anliegen der 200 Anwesenden - fast alle waren durch die Vortragsreihe animiert worden - zusammen: „Auch bei der 40-Jahr-Feier der Stadt, die in diesem Augenblick stattfindet, wird intensiver der eigenen Gruppe als der Fremden der jüngsten Stadtgeschichte gedacht. Kränze sind für sie in diesen Tagen nicht niedergelegt



■ Ehemaliges KZ Drütte, 1946.

Die Errichtung des KZ Drütte unter der Hochstraße der Hüttenwerke war das Ergebnis von Besprechungen zwischen dem Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, und dem Reichswerke-Generaldirektor Paul Pleiger. Ziel dieser Maßnahme war der Aufbau und Betrieb einer Munitionsfabrik, der sogenannten „Aktion 88“. Auf einer weiteren Besprechung zwischen Pleiger und dem SS-Obergruppenführer Pohl wurde die Gewinnaufteilung folgendermaßen geklärt: „...daß die Hermann-Göring-Werke zusammen mit der Schutzstaffel gemeinsam mit der Maßgabe einer hälftigen Gewinnbeteiligung eine Granatendreherei betreiben. Die Hermann-Göring-Werke stellen im Rahmen des Walzwerkes der Hütte Watenstedt/b. Braunschweig die Fabrikationsstätte einschl. sämtlicher erforderlicher Anlagen zur Verfügung, die Schutzstaffel stellt die Häftlinge und die Bewachungsmannschaften.“<sup>2</sup>

Im Oktober 1942 trafen die ersten Häftlinge im KZ-Außenlager Drütte ein. Es war eines der ersten und größten Außenlager des KZ Neuengamme bei Hamburg. Unter der stark befahrenen Hochstraße auf dem Werksgelände entstanden durch das Zumauern der Seiten vier Räume, in denen mehr als 3 000 KZ-Häftlinge unterschiedlicher Nationalitäten eingepfercht waren. Schlimmste Lebensbedingungen, völlig unzureichende Ernährung und die schwere Arbeit in der „Aktion 88“ führten zum Tod vieler Häftlinge. Das Lager wurde immer wieder aufgefüllt. Die von Himmler im September 1942 geforderte „Vernichtung durch Arbeit“ fand in den KZ-Außenlagern ihre Umsetzung. Eine Überlebenschance hatten die durchschnittlich 16 bis 22 Jahre alten Häftlinge nur, solange sie arbeitsfähig waren.

1944 wurden auf Bestreben der „Hermann-Göring Werke“ zwei weitere KZ-Außenlager eingerichtet: Das KZ Watenstedt/Leinde und das KZ Salzgitter-Bad.

worden. ... Wer bei der 40-Jahr-Feier der Stadt allein verdiente Männer ehrt, die Opfer des Nationalsozialismus aber nicht, geht nicht von der Gleichheit der Menschen aus. ... Die Toten von Watenstedt-Salzgitter, Zwangsarbeit, menschenunwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen von Zehntausenden von Menschen gehören zur Geschichte dieser Stadt. Wir gedenken in diesem Augenblick der vergessenen Opfer. Unsere Gedenkfeier ist ein notwendiges Korrektiv zu der Veranstaltung in Salzgitter-Bad.“<sup>7</sup> Während die Lokalpresse über die offizielle Geburtstagsfeier beim „Stadtempfang 1982“ wohlwollend berichtete<sup>8</sup>, wurde die gleichzeitig stattfindende Gedenkfeier am Ehrenfriedhof Westerholz verschwiegen.

Die Veranstaltungsreihe und die Gedenkfeier war für viele Menschen in Salzgitter der Anstoß, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Im Zusammenhang mit bundesweiten Diskussionen zum Thema „50 Jahre Machtergreifung“ fanden vor allem Veranstaltungen seitens gewerkschaftlich orientierter Bevölkerungskreise statt, die das Thema zum Anlass nahmen, Geschichte zugleich als Gesellschaftskritik und soziale Auseinandersetzung zu begreifen. So referierte das Mitglied des

geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall Frankfurt, Hans Preiss, am 10. Februar 1983 über das Thema „Von der wirtschaftlichen Krise zur politischen Katastrophe“.<sup>9</sup> Seine aus der Geschichte abgeleiteten Darstellungen der aktuellen politischen Situation endeten mit der Frage: „Wie können wir verhindern, daß noch einmal wirtschaftliche Macht politisch mißbraucht, die Arbeiterschaft zerstört und ein ganzes Volk in Elend gestürzt wird.“ Hans Preiss führte weiter aus, dass dies nur durch Aufklärung erreicht werden könne. „Aus der Geschichte lernen“ stehe hierbei im Vordergrund. Dies bedeute auch, dass an historischen Orten die Erinnerung und Mahnung wachgehalten werden müssen.

Im Frühjahr 1983<sup>10</sup> beantragten Betriebsrat und Jugendvertretung der Stahlwerke P+S beim Konzernvorstand erstmals die Errichtung einer Gedenkstätte in den noch erhaltenen Unterkünften des ehemaligen KZ Drütte unter der Hochstraße auf dem Hüttengelände. Neben der Anbringung einer Gedenktafel sollten die betrieblich genutzten Räume für eine Dokumentationsstätte zur Verfügung gestellt werden. Zwar wurde ihre Hoffnung auf eine „kurzfristige Realisierung“ enttäuscht, diese Bemühungen setzten jedoch einen jahrelangen solidarischen Kampf um die Errichtung einer Gedenkstätte in Gang.

Abstellraum in den ehemaligen KZ-Unterkünften, um 1988.



Im September desselben Jahres erarbeiteten die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter einen Vorschlag für eine Gedenktafel am ehemaligen KZ Drütte: *„An diesem Ort errichtete die SS in Zusammenarbeit mit den ehemaligen Hermann-Göring-Werken ab Oktober 1942 das KZ-Drütte, eines der ersten und größten Außenkommandos des KZ-Neuengamme. Bis zur Evakuierung des Lagers am 7. April 1945 mußten unweit von hier über 3 000 Häftlinge aus Frankreich, Holland, Polen, der Sowjetunion und anderen Ländern unter unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen in der „Aktion 88“ und der „HK 3“ Granaten und Bomben produzieren, die gegen ihre Heimatländer eingesetzt wurden. Politischer Zweck ihres Arbeitseinsatzes war die Vernichtung durch Zwangsarbeit: Hunger, Krankheiten, Mißhandlungen, Erhängungen und Erschießungen gehörten zum Alltag des Lagers und forderten zahlreiche Opfer, die auf den Ehrenfriedhöfen Salzgitters und andernorts ihre letzte Ruhe gefunden haben. Arbeitsunfähig gewordene Häftlinge wurden in das Stammlager Neuengamme abgeschoben und dann in Auschwitz oder Lublin ermordet. Frauen aus unserer Region, die mit den Häftlingen in der Rüstungsproduktion zusammenarbeiten mußten, gaben Beispiele von Solidarität und Menschlichkeit gegenüber ihren Arbeitskameraden, die in deutlichem Gegensatz zur Politik der SS und der HGW standen. Sie werden für die Arbeiterschaft in Salzgitter ebenso unvergessen bleiben, wie das Leiden und Sterben zahlloser Zwangsarbeiter. Bereitschaft zur historischen Erinnerung und durch sie gestärktes Bemühen, überall und jederzeit entschieden für die Würde und die Rechte der arbeitenden Menschen einzutreten, sind das einzige, das die Nachwelt den hier ermordeten noch zu geben vermag.“* IG Metall Salzgitter 26. IX. 1983<sup>11</sup>

Es lässt sich heute nicht mehr feststellen, wie die Konzernleitung auf diesen, sehr deutlich die historischen Zusammenhänge - und damit Verantwortlichkeiten - darstellenden Text reagiert hat. Fest steht nur, dass dieser Gedenktafelentwurf nicht umgesetzt wurde.

Bis zum Herbst 1983 wurden die Forderungen nach einer Gedenkstätte immer massiver. Un-

terstützt von den Kolleginnen und Kollegen des Betriebsrates der Stahlwerke P + S, anderen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie einigen Bürgerinnen und Bürgern Salzgitters - die inzwischen größtenteils auch Mitglieder des Arbeitskreises Stadtgeschichte e.V. geworden waren - lud der Verein im Dezember zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Titel *„Gedenkstätten als Lernorte“* ein. Dr. Falk Pingel vom Georg-Eckert-Institut Braunschweig führte aus, dass die Anforderungen an eine Gedenkstätte das Wachhalten der Geschichte der Opfer sei, ebenso wie die Verdeutlichung, dass aus dieser Geschichte gelernt werden solle. Darüber hinaus müsse eine Erklärung dafür gegeben werden, das es zu diesen Opfern kommen konnte. Daher müsse die Gedenkstätte an einzelne Opfer erinnern, solle Betroffenheit hervorrufen und sachliche Aufklärung leisten.<sup>12</sup>

Eine kontroverse Diskussion zwischen Gewerkschaftern, Kirchenvertretern, dem ersten Bürgermeister Willi Blume und anderen - ein Mitglied der Konzernleitung nahm nicht teil - führte zum Konsens, dass eine Gedenk- und Dokumentationsstätte in den authentischen Gebäuden des ehemaligen KZ Drütte unter der Hochstraße diesen Forderungen am ehesten gerecht werden könnte.

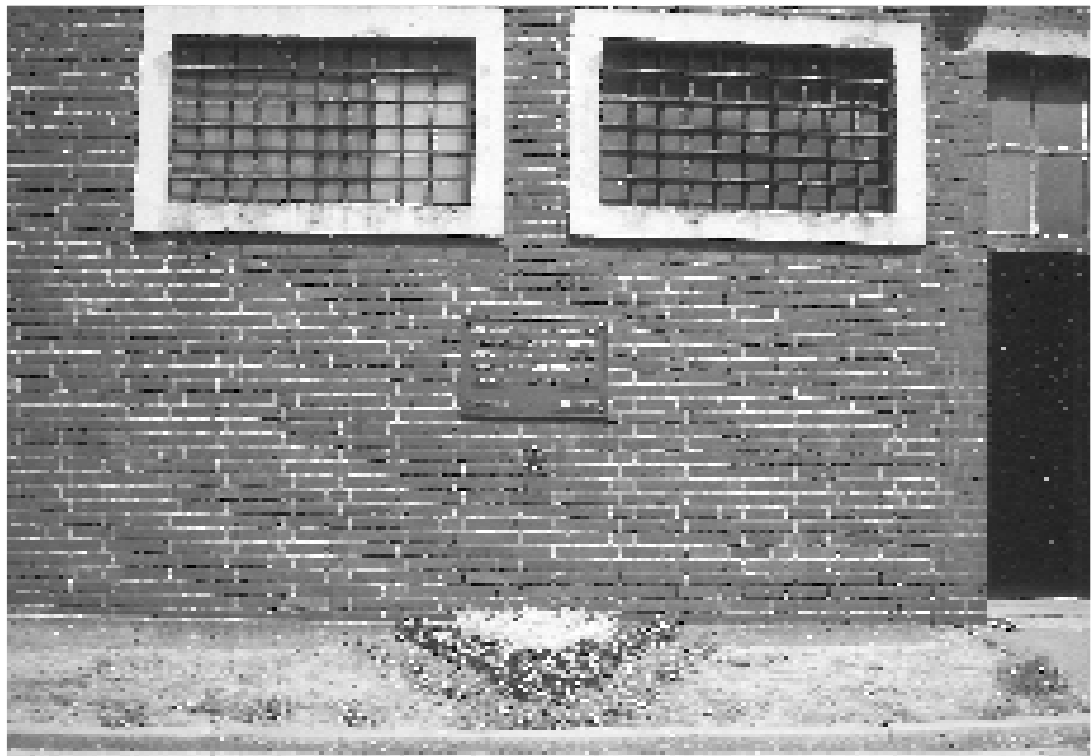
Dem Engagement vieler Interessierter ist es zu verdanken, dass in der Öffentlichkeit immer wieder die Forderung nach der Errichtung einer Gedenkstätte vertreten wurde. Alternative Stadtrundfahrten, Informationsveranstaltungen und Vorträge, also die konsequente Aufklärung über die Geschichte der Stadt, waren die Grundlage für den Aufbau einer breiten Lobby.

Die in den frühen achtziger Jahren begonnene intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus, die stark in der „Geschichtswerkstätten-Bewegung“ verankert war, erfuhr 1985 ihren Höhepunkt. Der 40. Jahrestag des Kriegsendes löste in der Bundesrepublik eine wahre Flut von Fernsehsendungen, Zeitungsartikeln, Vorträgen, Gedenkfeiern und anderen Veranstaltungen aus. Der Boden für ein interessiertes Publikum war auch in Salzgitter geebnet. 1985 wurde das Jahr, in dem der Kampf um eine Gedenk- und Dokumentationsstätte in den Unterkunftsrau-



*Franz Steinkühler,  
2. Vorsitzende der  
IG Metall, bei der ersten  
Gedenkfeier  
am 11. April 1985.*





■ Gedenktafel im ehemaligen KZ Drütte.

men des ehemaligen KZ Drütte erste Erfolge erzielte, aber auch sehr viele Rückschläge hinnehmen musste. Zum 40. Jahrestag der Befreiung der Stadt Salzgitter durch die amerikanischen Alliierten organisierte der Betriebsrat der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG eine Gedenkfeier auf dem ehemaligen Appellplatz. Erstmals wurde damit offiziell am Ort des Geschehens der KZ-Opfer gedacht. Anfang März 1985 war der Konzernvorstand über dieses Vorhaben informiert worden. Dieser genehmigte die Veranstaltung und sagte darüber hinaus die Teilnahme eines Vorstandsmitgliedes zu.<sup>13</sup>

Die intensiven Vorbereitungen der Gedenkfeier beschränkten sich nicht nur auf Salzgitter. Mit Hilfe der „Amicale Internationale de Neuengamme“,<sup>14</sup> sollte ein ehemaliger Häftling des KZ Drütte gefunden und zu der ersten Gedenkfeier eingeladen werden. Pierre Restoueix aus Frankreich nahm die Einladung an. Dieser erste, vom Betriebsrat der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG initiierte Kontakt zu einem Zeitzeugen besteht bis heute - viele weitere wurden aufgebaut.

Der 11. April 1985 bedeutete eine Zäsur. Vor mehr als 500 Gästen, darunter viele Gewerkschafter, Politiker und Kolleginnen und Kollegen Salzgitteraner Betriebe, machte der Betriebsratsvorsitzende Walter Gruber in seiner Eröffnungsrede deutlich, warum das Gedenken an diesem Ort - im ehemaligen KZ Drütte - seine unbestreitbare Berechtigung habe:

*„... Für uns in Salzgitter gibt es keinen Zweifel darüber, wie und an welchem Ort wir über die Bedeutung des Kriegsendes 1945 nachzudenken haben. Für uns steht in dieser Stunde im Zentrum unseres Nachdenkens, was das Kriegsende und das Ende der faschistischen Diktatur für die deutsche Bevölkerung bedeutete und an unzähligen Problemen hinterließ. Vor allem aber gedenken wir Zehntausenden von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen und erinnern uns daran, was das Ende des Weltkrieges für sie bedeutete. Wir haben uns deshalb an einem Ort eingefunden - zum ersten Mal in der Geschichte dieser Stadt - der wie kein anderer dazu geeignet ist, über die nationalsozialistische Diktatur in Salzgitter nachzudenken: Der Appellplatz des ehemaligen KZ Drütte... Es gibt in Deutschland wenige Orte, an denen die enge*

*Verflechtung von Großindustrie, Konzentrationslagern und Zwangsarbeit atmosphärisch und optisch so deutlich erkennbar wird, wie hier im ehemaligen KZ Drütte.“<sup>15</sup> Diesem Bezug zum authentischen Ort und damit der Forderung nach einer angemessenen dauerhaften Möglichkeit des Gedenkens widersprach der Arbeitsdirektor Dr. Günter Geisler zwar nicht direkt, fasste die Verantwortung des Konzerns jedoch nur in vage Worte:*

*„Der Vorstand der Peine-Salzgitter AG fühlt sich verpflichtet, anlässlich der 40. Wiederkehr des Tages der Befreiung des KZ-Außenlagers Neuengamme auf dem Gelände der damaligen Reichswerke sich zu diesen geschichtlichen Vorgängen zu bekennen.“<sup>16</sup> Franz Steinkühler, 2. Vorsitzender der IG Metall, verurteilte die „unheilige Allianz zwischen Hitler und Teilen der Industrie“. Aus Profitgier und Rüstungswahnsinn sei in verbrecherischer Weise ein Menschenhandel erfolgt. Er erklärte, dass die Erinnerung nach vierzig Jahren „ein Beitrag zur Fähigkeit zu trauern ist, etwas, was man uns Deutschen lange abgesprochen hat“.<sup>17</sup>*

Nur wenige Tage vor der Gedenkfeier war auf Bestreben des Betriebsrates an einem der Unterkunftsblocks eine Gedenktafel angebracht worden. So bekam der eindringliche Appell am Schluss der Rede von Walter Gruber *„Wir haben heute nicht nur geredet, nicht nur nachgedacht, sondern auch gehandelt, setzen wir das fort!“* fast den Klang eines Schlachtrufes. Für die Befürworter einer Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte wurde es das Hauptziel, mit Aktivitäten Zeichen zu setzen.

Eine Woche nach der Gedenkfeier fand im Fürstensaal des Museums Schloss Salder eine gut besuchte Veranstaltung des Arbeitskreises Stadtgeschichte e.V. statt. An der Diskussionsrunde *„11.4.1945 - Befreiung Salzgitters vom Nationalsozialismus - Kriegsende und Ende der Zwangsarbeit“* nahmen neben ehemaligen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen auch Bürgermeister Willi Blume, der Vorstandsvorsitzende der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, Kurt Stähler, Walter Gruber und die Gewerkschaftskollegen Gerd Wysocki und Herbert Scheibe teil. In der lebhaften Diskussion zur Frage der Errichtung einer Gedenkstätte wurde deutlich, dass die Konzernleitung

zwar bereit war, die Bemühungen um eine würdige Gedenkstätte zu unterstützen, dies jedoch aus Gründen der betrieblichen Infrastruktur und aus sicherheitstechnischen Gründen nicht in den noch vorhandenen Räumen des ehemaligen KZ Drütte möglich sei.<sup>18</sup> Erstmals kam das Vorhaben ins Gespräch, die gesamte Hochstraße abzureißen - eine Information, die schnell Aktivitäten nach sich zog, dies zu verhindern.

### **Gemeinsam zum Erfolg**

Die politischen Gremien wurden nun massiv eingebunden, Kooperationspartner gesucht und Lobbyarbeit geleistet. Ein Antrag der GRÜNEN im Rat der Stadt, eingebracht durch den Geschäftsführer des Betriebsrates, Christoph Großmann, wurde in der Ratssitzung vom 22. Mai 1985 behandelt. Ein wichtiger Punkt war hierbei die Auflage, alle Gebäude des ehemaligen KZ Drütte unter Denkmalschutz zu stellen. Zeitgleich beschäftigte sich im niedersächsischen Landtag der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst mit der Frage um die Errichtung der Gedenkstätte.

Eine vom Betriebsrat der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG vorbereitete EntschlieÙung, die an die Kolleginnen und Kollegen aller Salzgitteraner Betriebe, die IG Metall Verwaltungsstellen im Bezirk, den IG Metall Vorstand Frankfurt, den DGB, die Rats-, Landtags- und Bundestagsfraktionen, an Vertreter der Medien und viele andere weitergegeben wurde, fand überwiegend Zustimmung. Besonders in den Betrieben waren ausführliche Gespräche in den entsprechenden Gremien, wie z. B. bei Betriebsversammlungen oder den Sitzungen der VK-Leitungen vorangegangen.<sup>19</sup>

Die ablehnende Haltung der Konzernleitung spiegelt sich in einem Schreiben des Vorstandsvorsitzenden Kurt Stähler und des Arbeitsdirektors Dr. Günter Geisler an den 1. Bevollmächtigten der IG Metall Salzgitter, Bernd Henn, wider. Neben den bekannten Argumenten führten sie aus, dass der räumliche Bezug zu den Lagern - das Hauptargument für die Errichtung der Gedenkstätte auf dem Werks-gelände - auch durch die Gestaltung und Art der Gedenkstätte an einem anderen Ort innerhalb der Stadt Salzgitter hergestellt werden könne. Ein Bestandsschutz für die Altanlagen

und Bauwerke innerhalb des Hüttengeländes und damit insbesondere auch für die Hochstraße könne nicht gegeben werden. Dies vor allem deshalb, weil man als „*ein im Wettbewerb stehendes Unternehmen zur Sicherung von Produktionsstandorten und Arbeitsplätzen sowohl die Weiterentwicklung bestehender Produktionsanlagen, wie auch der Einstieg in zukunftssichernde neue Technologien*“ leisten müsse. Die Gestaltung einer betriebsoptimalen Infrastruktur wäre durch die Errichtung der Gedenkstätte nicht sichergestellt. Es sei daher der Vorschlag zur Errichtung einer zentralen Gedenkstätte im Stadtgebiet von Salzgitter zu verfolgen.

Das bundesweite Interesse an den Aktivitäten in Salzgitter zeigte sich vor allem auch im Spiegel der Medien. Artikel in überregionalen Zeitungen und Rundfunkberichte zeugen davon.<sup>20</sup> Medienvertreter hatten es allerdings sehr schwer, auf das Werks-gelände zu gelangen bzw. Archiv- oder Informationsmaterialien zu erhalten. Die Kolleginnen und Kollegen des Betriebsrates halfen oft, Journalisten den Zugang auf das Gelände zu ermöglichen, regelmäßig erhielten sie dafür Zurechtweisungen durch den Konzernvorstand.<sup>21</sup>

Für ein Kamerateam des Norddeutschen Rundfunks endeten die Aufnahmen im Februar 1986 vor den Werkstoren. Zusammen mit zwei ehemaligen Häftlingen des KZ Drütte wollten sie die Gedenktafel und das ehemalige Lager-gelände sehen. Der Konzernvorstand verweigerte nicht nur die Drehgenehmigung, sondern auch „*jegliche Herausgabe von Dokumenten aus dieser Zeit*“. In einem Schreiben des Konzernvorstandes an den NDR wird dies mit den Worten „*...das wir von der Wahrung der Pflicht zur objektiven Berichterstattung durch Funk und Fernsehen nicht überzeugt werden konnten... und sehen daher Ihr Anliegen als erledigt an...*“<sup>22</sup> verdeutlicht. Das Team wurde zunächst nicht einmal zu einem langfristig abgesprochenen Gesprächstermin mit dem Betriebsrat auf das Gelände gelassen. Erst als der Betriebsratsvorsitzende Walter Gruber den Vorstand darauf hinwies, dass das Interview in seinem Büro stattfinden solle, erteilte der Vorstand nach längerer Beratung die Einfahrtsgenehmigung. Das NDR Team wurde daraufhin vom Werkschutz bis zum Betriebsratsbüro eskortiert.<sup>23</sup>

## E n t s c h l i e ß u n g

Wir, die wir in der Nachfolge der Ermordeten und Gepeinigten des Konzentrationslagers Drütte, in diesem Werk arbeiten, dürfen die Zeit des Naziterrors nicht vergessen oder verdrängen, sondern müssen dessen Ursachen durch Mechanismen erkennen und aufarbeiten, um daraus zu lernen, zumal diese Zeit eng mit der Entstehungsgeschichte dieses Werkes verbunden ist.

Im Gegensatz zum westlichen und östlichen europäischen Ausland gibt es in der Bundesrepublik nur wenige würdige Gedenkstätten in ehemaligen Konzentrationslagern. Das Erleben und Nachempfinden der Situation der Häftlinge in Konzentrationslagern ist aber gerade an den Orten des Grauens möglich. Geradezu einmalig ist das ehemalige Konzentrationslager Drütte zur atmosphärischen und optischen Vermittlung der engen Verflechtung von Staat, Großindustrie, Konzentrationslagern und Zwangsarbeit geeignet.

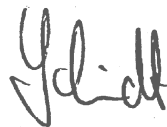
Wir, als engagierte Gewerkschafter, haben die Lehren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gezogen und sehen in der Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen Konzentrationslager Drütte die einmalige Gelegenheit, Menschen die Atmosphäre eines KZ 's nachvollziehen, vorstellen und nachempfinden zu lassen, die die Schrecken der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft nicht miterlebt haben.

Der Betriebsrat Salzgitter fordert deshalb die Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte in den Räumen des ehemaligen Konzentrationslagers Drütte. Die noch vollständig vorhandenen Gebäude unter der Hochstraße der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG sind unter Denkmalschutz zu stellen, damit sie bei dem geplanten Abriß der Hochstraße erhalten bleiben und die Rekonstruktion des gesamten Komplexes des ehemaligen Konzentrationslagers Drütte möglich bleibt.

Wir fordern den Vorstand und den Eigner der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG auf, uns in unseren Bemühungen zu unterstützen und alles zu unterlassen, was den Bestand der Gebäude gefährdet bzw. eine Rekonstruktion des ehemaligen Konzentrationslagers Drütte erschwert.

Die Politiker der Region Salzgitter, Braunschweig Peine, Wolfenbüttel des Landes Niedersachsen und des Bundes fordern wir auf, sich für unsere Forderungen einzusetzen und die vorhandenen Gebäude des ehemaligen Konzentrationslagers Drütte unter Denkmalschutz zu stellen und in ihnen eine Gedenk- und Dokumentationsstätte einzurichten.

Stahlwerke Peine-Salzgitter AG  
Betriebsrat - Werk Salzgitter



## Gründungsaufruf des Komitees »Dokumentationsstätte KZ Drütte«

Am 8. Mai dieses Jahres haben wir des Endes der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vor 40 Jahren gedacht. Auch hier in Salzgitter, dessen Existenz in engem Zusammenhang mit der Kriegsrüstungspolitik der Nationalsozialisten steht, haben wir allen Anlaß daran zu erinnern, daß in dieser Stadt über 1000 Menschen als Opfer des Nationalsozialismus ihr Leben lassen mußten.

Hier in Salzgitter mußten mehrere zehntausend ausländische Menschen, als Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene in der Rüstungsindustrie Güter herstellen, die zur Kriegsführung gegen ihre Heimatländer genutzt wurden. Bei schwerster körperlicher Arbeit, Hunger, unzureichenden Unterbringungen haben viele von ihnen diese Zeit nicht überlebt.

In den Rüstungsbetrieben »Hütte Braunschweig«, »Stahlwerke Braunschweig« und »AG für Bergbau und Hüttenbetriebe« — alles Konzernbetriebe der nationalsozialistischen Reichswerke »Hermann Göring« — kamen aber auch zahlreiche KZ-Häftlinge als billigste Arbeitskräfte zum Einsatz. Sie waren in den KZ-Außenlagern Drütte, Leinde und Salzgitter unter oft noch schlechteren Bedingungen der Willkür ihrer nationalsozialistischen Peiniger ausgebeutet. Viele von ihnen wurden im Rahmen des Programms »Vernichtung durch Arbeit« ermordet.

Die Erinnerung an ihr Schicksal dürfen wir nicht verdrängen.

Doch rufen wir auch dazu auf, nicht nur der Opfer zu gedenken, sondern in Erinnerung zu halten, wie es überhaupt zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft kommen konnte und was wir heute aus diesem Teil unserer Geschichte für Lehren ziehen müssen.

Dies erscheint uns angesichts der Perspektivlosigkeit, in die heute die Massenarbeitslosigkeit in unseren Ländern immer mehr Menschen zurückläßt, dem Wiedererstarken rassistischer und autoritärer Tendenzen sowie dem vermehrten Entstehen neofaschistischer Gruppierungen besonders dringlich.

Wir müssen aber feststellen, daß es bisher in Salzgitter keine Stätte gibt, die hedeutet — ein Gedenken an die Opfer und eine Aufklärung für die Gegenwart — zuläßt.

Wir sprechen uns deshalb dafür aus, eine solche Gedenk- und Dokumentationsstätte an einer Stätte des Geschehens, dem ehemaligen KZ-Außenlager Drütte, einzurichten. Durch die Darstellung der Schicksale einzelner KZ-Häftlinge, das Hervorrufen von Betroffenheit und die ergänzende sachliche Aufklärung über die geschichtlichen und politischen Zusammenhänge sollten an diesem Ort Voraussetzungen dafür geschaffen werden, über die deutsche Vergangenheit mehr zu erfahren, als dies in einem Museum oder im Schulunterricht möglich ist. Dazu ist eine Stätte des Geschehens, die sich baulich kaum verändert hat und noch heute deutlich an die Vergangenheit erinnert, hervorragend geeignet. Auch gibt es unseres Wissens keinen anderen Ort, an dem die enge Verflechtung von nationalsozialistischem Staat, Großindustrie, Konzentrationslager und Zwangsarbeit optisch und atmosphärisch so deutlich hervortritt.

In den Räumen, in denen heute Werkstätten und Büros des Bankhofs der Stahlwerke Peine-Salzgitter untergebracht sind, könnten z. B. Einrichtungen des ehemaligen Konzentrationslagers rekonstruiert werden, Informationstafeln aufgestellt werden oder eine Ton-Dia-Schau über die Bedeutung des Ortes berichten. Durch Kunstwerke läßt sich die Sachinformation ergänzen. Überlegenswert wären auch die Rekonstruktion eines Teiles des elektrischen Lagerzuges oder eines Wachturms.

Wir fordern den Vorstand und den Eigentümer der Stahlwerke Peine-Salzgitter auf, uns in unseren Bemühungen zu unterstützen und alles zu unterlassen, was den Bestand der Gebäude gefährdet bzw. eine Rekonstruktion des ehemaligen Konzentrationslagers Drütte erschwert.

Die Politiker der Stadt, des Landes und des Bundes fordern wir auf, sich für unsere Forderungen einzusetzen. Vorrangiges Ziel muß es sein, das infrage kommende Areal nebst Aufbauten und Gebäuden unter Denkmalschutz zu stellen.

Rainer Baranowski, Hartmut Baranik, Hans-Martin Brankäcker, Christoph Großmann, Walter Gruber, Henry Jankowski, Lothar Mannel, Fritz Lübke, Karl Maßberg, Gert Metell, Heinz Pipen, Karl Schauf, Dr. Herbert Rehbein, Karl Friedrich Seitz, Erwin Thielen, Ernst Woldt, Gerd Wysocki u. a.

Die Gründung des Komitees zur Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte hatte zum Ziel, die breite Solidarität zu bündeln. Den Vorsitz und die Koordination übernahm Erwin Thielen vom DGB Kreis Salzgitter. Unterstützung kam von ehemaligen Häftlingen und deren internationalen Organisationen, sowie vom Zentralrat der Juden, dem Zentralverband der Sinti und Roma, aber auch von Parteien, Betriebsräten, Gewerkschaften und der Kirche, bis hin zu Institutionen, die ähnliche Ziele an anderen Orten verfolgten. Auch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger bekundeten per Unterschrift ihre Zustimmung.

In den folgenden Jahren übernahm das Komitee für viele Veranstaltungen und andere Aktionen die Verantwortung. Ein wichtiges Anliegen war z.B. die Erarbeitung und Herausgabe eines fundierten Konzepts für eine Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte.<sup>24</sup> Erstmals wurde mit dieser Broschüre eine Darstellung der Möglichkeiten für eine Ausstellung und die pädagogische Arbeit einer Gedenkstätte im Hüttenwerk veröffentlicht. Die Druckkosten konnten durch Spenden vieler Kolleginnen und Kollegen Salzgitteraner Betriebe, des IG Metall Vorstandes und anderer Verwaltungsstellen gedeckt werden. Mit der Errichtung der Gedenkstätte im Januar 1992 war das Ziel des Komitees erreicht, und es wurde in „Förderkreis Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte“ umbenannt. Von Anfang an lag die Koordination bei einem Gewerkschaftsmitglied. Seit 1994 übernimmt diese ehrenamtliche Aufgabe der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter, Werner Kubitzka.

#### **„Aus den dargelegten Gründen erhalten Sie keine Zustimmung...“**

Seit der Gedenkfeier im April 1985 war das Interesse, das ehemalige KZ zu besichtigen, stark gestiegen. Anfragen von Schulen, Gewerkschaftern, Kirchen und anderen Interessierten wurden vom Konzernvorstand immer wieder mit Standardformulierungen wie „*Die Hochstraße ist integraler Bestandteil unseres Werkes Salzgitter... Dieser öffentliche Zugang ist innerhalb unseres Betriebsgeländes - ebenso wie bei anderen Industrieunternehmen auch - aus sicherheitstechnischen Gründen nicht möglich.... Es gibt in Salzgit-*

*ter bereits mehrere öffentlich zugängliche Gedenkstätten, z. B. Jammertal...“<sup>25</sup> abgelehnt. Nur mit Unterstützung des Betriebsrates war es möglich, diese Absagen zu umgehen. Auf seine „Einladung“ konnten einige Besuchergruppen das ehemalige KZ und damit auch die Gedenktafel besichtigen.*

Der Vorstand der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG versuchte immer wieder, den Friedhof Jammertal als Alternative zu einer Gedenkstätte im ehemaligen KZ Drütte ins Gespräch zu bringen. Der Tenor war, wie immer in Schreiben der Konzernleitung: Gedenken ja - jedoch nicht in Verbindung mit dem authentischen Ort - und damit in optischer Verbindung zum Werk. So wurde auch der Idee des Betriebsrates, die Rasenfläche unter der Gedenktafel auf dem ehemaligen Appellplatz in Eigenarbeit neu zu gestalten, eine Absage erteilt. In einer gemeinsamen Aktion von Betriebsrat, Vertrauenskörperleitung und Konzernvorstand sollten diese Arbeiten am 5. Oktober 1985 durchgeführt werden. Die Planungen sahen eine Bepflanzung und das Setzen von Kantensteinen vor.<sup>26</sup> In einem ausführlichen Schreiben erläuterten der Vorstandsvorsitzende Kurt Stähler und der Arbeitsdirektor Dr. Günter Geisler, warum sie dieses Vorhaben nicht unterstützen könnten. Dieser Brief enthielt nahezu denselben Wortlaut, wie derjenige, den Bernd Henn als Reaktion auf die Entschliesung erhalten hatte. Diese umfassende Argumentation in Bezug auf die Ablehnung der Pflegearbeiten erscheint unverhältnismäßig, zeigt jedoch, dass die Konzernleitung eine „schleichende“ Etablierung der Gedenkstättenidee befürchtete. Um aber nicht in den Ruf des „Nicht-Mahnen-Wollens“ zu kommen, wurde als Alternative die Teilnahme an gemeinsamen Pflegearbeiten auf dem Friedhof Jammertal angeboten. Am Volkstrauertag trafen sich Gewerkschafter und Mitglieder des Vorstandes der Stahlwerke Peine - Salzgitter AG auf dem Friedhof Jammertal zum „Laubfegen“. Wie ernst diese Pflegearbeiten genommen wurden oder ob sie nur als „Pflicht“ angesehen wurden, sei dahin gestellt. Filmaufnahmen des Kollegen Edmund Nolle zeigen sehr deutlich die Unterschiede: Während die Mitglieder des Vorstandes überwiegend im Anzug und Mantel erschienen, brachten die Gewerkschafter zumindest die passende Kleidung und Arbeitsgeräte mit. In einer Presse-

erklärung des Betriebsrates zu diesen Pflegearbeiten erläuterte Walter Gruber, wie es zu dieser Veranstaltung kam und welche Schlüsse daraus nicht gezogen werden dürfen: *„Den Betrachter wird die sich nach außen darstellende Einmütigkeit von Vorstand P+S, Betriebsrat P+S und IG Metall Salzgitter verwirren. Die Gemeinsamkeit bezieht sich hierbei lediglich auf die Pflege der Gedenkstätte für Opfer des Faschismus, Jammertal. Für die Gewerkschafter ist es eine Selbstverständlichkeit, daß alle Gedenkstätten für Opfer des Faschismus in einen würdigen Zustand gebracht und gehalten werden. Deswegen wurde seitens des Betriebsrates und der IG Metall der Vorschlag des Vorstandes P+S angenommen. Die Idee zu dieser Pflegeaktion entstand in der Auseinandersetzung zwischen Vorstand und Betriebsrat P+S, um die Gestaltung des Umfeldes der Gedenktafel am ehemaligen Konzentrationslager Drütte. Der Betriebsrat P+S wollte in Eigenregie die Gestaltung vornehmen und auch selbst bezahlen. Dies wurde vom Vorstand abgelehnt und ein gemeinsamer Pflegeeinsatz am Jammertal vorgeschlagen. Nachdem der Betriebsrat P+S dem Vorstand die Zusage abgerungen hat, das Umfeld der Gedenktafel am ehemaligen KZ Drütte zu gestalten, hat er sich zu der heutigen Pflegeaktion im Jammertal entschlossen. Für den Betriebsrat und die IG Metall sind diese Pflegearbeiten im Jammertal kein Ersatz für die würdige Gestaltung des Umfeldes der Gedenktafel am ehemaligen KZ Drütte. Hier ist der Vorstand noch in der Pflicht. Die Teilnahme von Gewerkschaftern an den Pflegearbeiten im Jammertal bedeutet keinesfalls, daß sie ihre Forderung nach Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen KZ Drütte aufgeben....“*<sup>27</sup>

### **Der demokratische Weg oder Die hohe Politik**

Seit Mitte 1985 formierte sich der „Kampf um eine Gedenkstätte“ auch besonders im Bereich parlamentarischer Anfragen und Anträge. So wurde im Mai ein Antrag der Grünen im Rat der Stadt Salzgitter behandelt, der klare Forderungen aufstellte:

- Der Rat der Stadt solle sich für eine Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen KZ Drütte aussprechen.

- Die Verwaltung solle die Gebäude unter Denkmalschutz stellen lassen und außerdem bei Land und Bund vorstellig werden, um finanzielle Mittel einzuwerben.
- In Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat, den Gewerkschaften, dem Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. und dem Vorstand der Stahlwerke Salzgitter solle mit der Verwaltung eine Konzeption entwickelt werden.

Dieser Antrag wurde im Dezember mit den Stimmen der SPD und der Grünen angenommen.

Auch im Niedersächsischen Landtag und im Bundestag<sup>28</sup> beriet man über Anträge aus Salzgitter. Auf Initiative gewerkschaftlicher Gremien, des Betriebsrates, des Arbeitskreises Stadtgeschichte, der Grünen und der SPD wurden Anträge und Anfragen an die Parlamente oft durch Informationsveranstaltungen veranschaulicht. So kam der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst des Niedersächsischen Landtages vor seiner Beratung zu einem informativen Ortstermin in das ehemalige KZ Drütte. Im Bundestag wurde auf Initiative von Christoph Großmann, der auch Ratsherr der Grünen war, zeitgleich mit der Beratung die Ausstellung „Das KZ im Hüttenwerk“ gezeigt. Die Initiatoren werteten die Genehmigung für den Aufbau der Ausstellung durch den Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger als überparteiliches Interesse, da Ausstellungen im Bundeshaus nur sehr selten stattfinden durften.<sup>29</sup> Betriebsratsmitglieder und Vertreter des Arbeitskreises Stadtgeschichte hatten die Möglichkeit, Abgeordnete in den Sitzungspausen durch die Dokumentation zu führen. Der Antrag wurde zur Beratung an den Innenausschuss verwiesen.

Ein Höhepunkt parlamentarischer Anfragen war eine Beratung im Europäischen Parlament in Straßburg. Die Veranstaltung am 16. Dezember 1987 war von der Abgeordneten der Grünen, Brigitte Heinrich, gemeinsam mit der sozialistischen, der kommunistischen und der Regenbogenfraktion organisiert worden. Im Anschluss an die Lesung „Letzte Briefe aus dem KZ“ von Hanne Hiob-Brecht, der Tochter Bertold Brechts, hielt Walter Gruber eine Rede<sup>30</sup> vor dem Parlament. Er informierte nicht nur über die Geschichte des KZ Drütte und dessen Bedeutung für die Darstellung der Ver-



flechtung von Industrie und NS-Wirtschaft, sondern fand auch deutliche Worte, die die ablehnende Haltung des bundeseigenen Stahlunternehmens hervorhoben.

Brigitte Heinrich forderte das Parlament nachdrücklich auf, die Forderungen der Beschäftigten der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG und des Gesamtbetriebsrates zu unterstützen und *„die auf dem Gelände dieses Unternehmens im ehemaligen Konzentrationslager Drütte gequälten und zu Tode geschundenen Zwangsarbeiter/innen durch die Errichtung einer antifaschistischen Gedenk- und Dokumentationsstätte am Ort ihrer Leiden zu ehren“*<sup>31</sup>. Am 22. Januar 1988 stimmte die Mehrheit von 262 Abgeordneten aus allen Fraktionen des Europäischen Parlamentes - die äußerste Rechte ausgenommen - dieser Resolution zu.<sup>32</sup> Die Konzernleitung reagierte auf alle politisch-parlamentarischen Beschlüsse mit beharrlicher Ablehnung. Dies, obwohl es sich bei den Stahlwerken Peine-Salzgitter AG um ein zu 100 Prozent im Bundesbesitz befindliches Unternehmen handelte, von dem ein gewisses Maß an Verantwortung zu erwarten gewesen wäre.

Die Verweigerungshaltung des Konzernvorstandes verfehlte ihre Wirkung speziell auf die Verwaltung der Stadt nicht. So befasste sich der Rat der Stadt schon am 11. Juni 1987 wieder mit dem Thema „Gedenk- und Dokumen-

tationsstätte KZ Drütte“. Für diese Ratssitzung hatte der Oberstadtdirektor eine umfangreiche Vorlage vorbereitet, in der die Thematik aus der Sicht der Verwaltung behandelt wurde. Diese Verwaltungsvorlage war zusammen mit einer zusätzlichen Stellungnahme des Oberstadtdirektors Dr. Götrup in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Übernahm sie doch die jahrelange Argumentation des Konzernvorstandes, während die Argumente des Komitees und des sach- und ortskundigen Betriebsrates keine Erwähnung fanden. Die Vorlage endete mit einer Beschlussempfehlung, in der die Verwaltung aufgefordert wurde, mit der Sammlung von Dokumenten zu beginnen, die vorläufig im Museum Salder ausgestellt werden sollten. Diese Empfehlung wurde mit den Stimmen der SPD und CDU angenommen.

Um den Entscheidungsprozess in Bezug auf die Frage des Ortes einer Gedenk- und Dokumentationsstätte zu forcieren, hatte die Stadt eine Expertenkommission bestellt. Ihr gehörten Barbara Distel (Gedenkstätte Dachau), Dr. Ludwig Eiber (Gedenkstätte Neuengamme), Dr. Wolfgang Benz (Institut für Zeitgeschichte) und Ulrike Puvogel (Bundeszentrale für politische Bildung) an. Im Rahmen eines zweitägigen Aufenthaltes hatte diese Kommission Gespräche mit zuständigen Stellen geführt, die zur Diskussion stehenden Standorte besichtigt und vor allem Vertreter interessierter und beteiligter Gruppen und Organisationen zu ei-

*Obere Reihe:  
Hanne Hiob-Brecht,  
mittlere Reihe von links  
nach rechts.:  
R. Chambeiron, Walter  
Gruber, Brigitte Heinrich,  
Rudi Arndt.*

V e r e i n b a r u n g

zwischen

der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG  
- Unternehmen -

und

dem Gesamtbetriebsrat der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG  
- Betriebsrat -

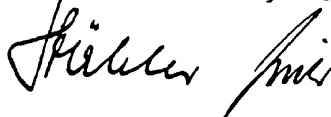
In dem gemeinsamen Willen, die Erinnerung an Geschehnisse der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Salzgitter wach zu halten, verabreden die Vertragsparteien die nachfolgende abschließende Regelung zur Gestaltung eines Gedenkraumes.

1. Das Unternehmen stellt zwei Felder unter der Hochstraße zur Einrichtung und Nutzung eines Raumes der Erinnerung zur Verfügung. Die Lage beider Felder sind im beigefügten Plan wiedergegeben.
2. Das Unternehmen stellt die Infrastruktur des Raumes einschließlich des Zugangs über die nördlich gelegene Treppe zur Verfügung und unterhält sie.
3. Das Unternehmen gestaltet und unterhält den Außenbereich der Nordostseite der Hochstraße in einem der Zweckbestimmung dienenden Rahmen. Der Bereich an der Südwestseite der Hochstraße (Baubetrieb) wird weiter betrieblich genutzt.
4. Das Bauwerk wird weiterhin vom Unternehmen unterhalten. Zur Durchführung von Instandhaltungsmaßnahmen am Baukörper einschließlich der Brückenkonstruktion der Hochstraße, an Leitungen und sonstigen Einrichtungen des Baukörpers erhält das Unternehmen Zutrittsmöglichkeiten zu den Räumlichkeiten. Notwendige Termine werden rechtzeitig abgestimmt.
5. Die Ausgestaltung und Pflege der Inneneinrichtung des Gedenkraumes übernimmt der Arbeitskreis Stadtgeschichte nach seinen eigenen Vorstellungen. Er unterhält die Inneneinrichtung.
6. Der Arbeitskreis Stadtgeschichte wird Besucher durch mit den örtlichen Gegebenheiten vertraute Personen begleiten lassen und die Besuchstermine vorher mit der Leitung des Werkschutzes des Unternehmens abstimmen.
7. Sollten betriebliche Entwicklungen eine Änderung der Zweckbestimmung notwendig oder die Erhaltung mit vertretbarem Aufwand unmöglich machen, werden sich beide Vertragsparteien auf eine angemessene, dem in der Präambel geäußerten Willen entsprechende Ersatzlösung einigen.

Betriebsrat und Unternehmen sind sich in der Feststellung einig, daß mit der vorstehenden Regelung das unter den obwaltenden Umständen mögliche Optimum zwischen der eigangs genannten Absicht zur Erinnerung und den betrieblichen Erfordernissen verabredet worden ist. Sie werden diese einvernehmliche Position ggf. gegenüber Dritten vertreten.

Salzgitter, den 27.01.1992

Stahlwerke Peine-Salzgitter AG



Gesamtbetriebsrat  
der Stahlwerke  
Peine-Salzgitter AG



ner Anhörung eingeladen. Diese Anhörung bestätigte die breite Zustimmung für den Standort des ehemaligen KZ Drütte. Die Kommission sprach sich im Herbst 1989 trotzdem für eine „vorläufige“ Lösung im ehemaligen Lager 21 oder in den ehemaligen Lagern 8/10 aus, obwohl dort keine Gebäude mehr vorhanden waren und Rekonstruktionen notwendig gewesen wären. Bei einer Anhörung des Kulturausschusses der Stadt im Januar 1990 lehnten die Mitglieder des Komitees Dokumentationsstätte KZ Drütte diesen Entschluss vehement ab. Das eindeutige Votum lautete *„...jetzt nicht voreilig gegenüber den Stahlwerken nachzugeben und eine schlechte Ersatzlösung zu akzeptieren. Es wäre schlimm, wenn die einmalige Chance, die historischen Gebäude unter der Hochstraße zur Gedenkstätte zu machen, jetzt dadurch verspielt würde, daß man mit einer Ersatzlösung Fakten schafft, die eine Durchsetzung der Gedenkstätte am authentischen Ort unmöglich machen würden.“*<sup>33</sup> Obwohl diese Haltung die logische Konsequenz aus den Diskussionen der vorangegangenen Jahre war, barg sie die Gefahr, dass sich zum einen eine gewisse Resignation bei den Beteiligten einstellte, und dass zum anderen die Durchsetzung auf Grund des Verkaufes der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG an die Preussag erschwert werden könnte.

### **„Im gemeinsamen Willen, die Erinnerung wachzuhalten...“**

Seit 1985 hatten jährlich am 11. April von Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung organisierte Gedenkfeiern auf dem Appellplatz im ehemaligen KZ Drütte stattgefunden. Redner aus Politik, Gewerkschaftskreisen, Kirchen und anderen Bereichen waren ebenso regelmäßige Teilnehmer wie ehemalige Häftlinge und deren Angehörige. Traditionen waren entstanden: Treffen am Tor 1, Schweigemarsch zum Appellplatz, gemeinsames stilles Gedenken, Reden und Kranzniederlegungen.

Nach den jahrelangen engagierten Aktionen, dem steten Kampf um die Errichtung der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte waren neue Ideen und Projekte notwendig, um die Diskussionen weiterhin in der Öffentlichkeit führen und noch mehr Menschen für das Thema interessieren zu können. Zum ei-

nen brachten die politischen Veränderungen, der „Mauerfall“ und die „Wiedervereinigung“ eine Verlagerung der Aktivitäten, zum anderen war gerade im Bereich der Gedenkstätten eine neue Entwicklung zu beobachten. In Niedersachsen war die Gedenkstätte Bergen-Belsen neu gestaltet worden und zur Landesgedenkstätte avanciert. Gleichzeitig wurde von der Landesregierung ein Haushaltsposten zur Förderung regionaler Gedenkstätten eingerichtet.<sup>34</sup> Die politische und finanzielle Unterstützung ermöglichten neue Projekte, wobei Salzgitter nach Ansicht des wissenschaftlichen Beirates eine der dezentralen, themenbezogenen Gedenkstätten in Niedersachsen werden sollte.

Das Komitee unterstützte daher die Idee des Arbeitskreises Stadtgeschichte e.V., ein Projekt „Zeitzeugen des Nationalsozialismus“ durchzuführen. Ziel war es, in aller Welt Überlebende der Konzentrationslager in Salzgitter zu suchen, deren Erinnerungen zu sammeln und auszuwerten und gleichzeitig ein internationales Treffen ehemaliger KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter zu organisieren. Das Treffen sollte zum fünfzigjährigen Stadtjubiläum, am 1. April 1992, stattfinden. Die Vorbereitungen wurden von den unterschiedlichsten Organisationen und Initiativen, von Kirchen sowie aus dem gewerkschaftlichen Bereich unterstützt. Zur Finanzierung des Besuchsprogramms dieses Treffens wurden Spenden eingeworben. Zeichen sollten gesetzt, politische Diskussionen neu belebt werden: Ehemalige Häftlinge kommen an den Ort ihrer Leiden und Zwangsarbeit zurück - an den Ort, an dem ein uneinsichtiger Konzern einer Gedenkstätte nicht zustimmen will. Diese Intention verlor jedoch, für die meisten völlig überraschend, ihre Grundlage.

Am 27. Januar 1992 hatten die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG und der Gesamtbetriebsrat der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG eine Vereinbarung unterzeichnet, in der die Bereitstellung eines Gedenkraumes unter der Hochstraße zugesichert wurde. Darin heißt es: *„In dem gemeinsamen Willen, die Erinnerung an Geschehnisse der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Salzgitter wachzuhalten, verabreden die Vertragsparteien die nachfolgende abschließende Regelung zur Gestaltung eines Gedenkraumes.“*<sup>35</sup>



*Schweigemarsch  
zur Gedenkfeier  
am 11. April 1992.*

Bis heute ist nicht klar erkennbar, warum der Konzernvorstand seine jahrelange strikte Ablehnung aufgab. In den Akten finden sich keine eindeutigen Hinweise darauf. Es kann lediglich darüber spekuliert werden, ob die Privatisierung die Möglichkeiten dafür geschaffen hatte, oder ob politische Umstände Einfluss nahmen. Möglicherweise hat auch die Aussicht auf das Politikum „Internationales Treffen ehemaliger KZ-Häftlinge“ zum fünfzigjährigen Stadtjubiläum die Entscheidung forciert. Fest steht, dass ein personeller Wechsel der Verantwortlichen nicht stattgefunden hatte.

Auch der Gesamtbetriebsratsausschuss war erst am 24. Januar 1992 offiziell über die Entscheidung informiert worden.<sup>36</sup>

Die Bereitstellung eines Raumes unter der Hochstraße wurde von den meisten Komiteemitgliedern als ein erster Schritt gewertet. Hatte man doch in dem 1989 erstellten Konzept die Nutzung aller ehemaligen Unterkunftsräume als Gedenkstätte angestrebt. Dennoch war es ein großer Schritt: Die in der Vereinbarung getroffenen Regelungen wurden so formuliert,

dass sie nicht zu einer inhaltlichen Zensur führen konnten. Dies wäre nicht unvorstellbar gewesen, denn die enge Verknüpfung des Werkes mit dem KZ und dem Einsatz der Zwangsarbeiter sollte - und ist es schließlich auch - Schwerpunkt der Dokumentation werden.

Das Internationale Treffen ehemaliger KZ Häftlinge und Zwangsarbeiter bekam somit eine andere Funktion. Es wurde zur ersten Veranstaltung in der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte: Etwa 180 ehemalige Häftlinge waren aus ganz Europa zu Besuch gekommen. Herbert Wittek, Betriebsratsvorsitzender der Preussag Stahl AG, führte in seiner Ansprache aus, was alle an der Organisation beteiligten, alle Redner und besonders die ausländischen Gäste begrüßten: „*In diesem Jahr hat die Gedenkstunde einen besonderen Stellenwert, und dies besonders in zweierlei Hinsicht. Zum einen findet sie in unmittelbarem Bezug zum fünfzigjährigen Geburtstag der Stadt Salzgitter statt, und zum anderen hat sich der Vorstand der Peine-Salzgitter AG nach langem Ringen für die Errichtung eines Gedenkraumes - hinter diesen Fen-*

*stern - ausgesprochen. Wir sind über die Entscheidung des Vorstandes tief befriedigt. Die einmalige Chance, am authentischen Ort dem dunkelsten Kapitel der Entstehungsgeschichte dieses Werkes und der Stadt nachspüren und die Atmosphäre nachempfinden zu können, wird so doch noch wahrgenommen. Zum historischen Ort gab es keine Alternative!*<sup>37</sup>

Die Erarbeitung eines neuen Konzepts für die Gedenkstätte war nach der unerwarteten Übernahme eines Raumes unter der Hochstraße eine der wichtigsten Aufgaben. Umbauten oder Rekonstruktionen an den seit 1988 unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden des ehemaligen KZ Drütte fanden in Absprache mit den zuständigen Fachleuten statt. Die Beschaffung der Finanzmittel zum Aufbau der Gedenkstätte lag beim Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.. Eine der grundlegenden Fragen war in diesem Zusammenhang, wie weit sich die Preussag Stahl AG finanziell oder durch Sachleistungen an der Gestaltung beteiligen würde. Mit Unterstützung der IG Metall Salzgitter, aus deren Bereich auch Spenden zur Verfügung gestellt wurden, und des Betriebsrates der Preussag Stahl AG führten Gespräche mit der Konzernleitung zum Erfolg. Sachleistungen, wie z. B. der Stahl für die Ausstellungenskuben oder die Arbeit einzelner Abteilungen halfen, die Kosten zu decken.

Viele Kolleginnen und Kollegen, die bei den Um- und Aufbaumaßnahmen eingesetzt waren, hatten Interesse daran, mehr über dieses ehemalige KZ zu erfahren. Die aktive Mitarbeit führte so zu einer aktiven Auseinandersetzung. Ältere Kollegen erzählten von ihren Erfahrungen - meist aus den fünfziger Jahren - z. B., wie man früher mit der eigenen Werksgeschichte umging oder über Meister, die das KZ Drütte noch kannten.

Zur Gedenkfeier am 11. April 1994 konnte die Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte in Anwesenheit einiger ehemaliger KZ-Häftlinge, viele Vertreter des Konzerns, der Politik, der Gewerkschaften und zahlreicher Kolleginnen und Kollegen der Öffentlichkeit übergeben werden.

Zum 50. Jahrestag der Befreiung fand erneut ein internationales Treffen ehemaliger KZ-Häftlinge statt - organisiert vom Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. und unterstützt von den Mitgliedern des Förderkreises Gedenk- und Dokumen-

tationsstätte Drütte. Nicht nur die Bereitstellung finanzieller Mittel war ein wesentlicher Faktor, sondern auch die tatkräftige Mithilfe. So übernahmen Kolleginnen und Kollegen aus allen Salzgitteraner Betrieben ebenso wie die IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter Betreuungsaufgaben, Dolmetschertätigkeiten, organisatorische Hilfestellungen oder stellten Räumlichkeiten und Fahrzeuge zur Verfügung.<sup>38</sup> Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde zum einen positive Bilanz gezogen, zum anderen wurden weitere Überlegungen zur Etablierung der Gedenkstätte, nicht nur im Werk und in der Stadt, diskutiert.

Eine Voraussetzung für die kontinuierliche Arbeit der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte war und ist eine hauptamtliche Stelle. Zwar waren seit Beginn des Kampfes um die Gedenkstätte viele engagierte ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen, teilweise unterstützt durch ABM-Kräfte des Arbeitskreises Stadtgeschichte e.V. immer bereit, für das gemeinsame Anliegen einzutreten, trotzdem wurde deutlich, dass eine „lebendige“ Gedenkstätte nur mit festem Personal funktioniert. Die Finanzierung der beim Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. beschäftigten Kollegin wird heute vom Land Niedersachsen, der Stadt Salzgitter und durch Spenden aus dem Bereich der IG Metall Salzgitter geleistet.

„Den Raum mit Leben zu füllen“, wie es der Betriebsratsvorsitzende Herbert Wittek anlässlich der Eröffnung der Gedenkstätte ausdrückte, reicht nicht. Alle Beteiligten waren sich einig, dass die aufklärerische Aufgabe darüber hinaus gehen muss. So war schon bei der Raumkonzeption darauf geachtet worden, dass Sonderveranstaltungen in der Gedenkstätte möglich sind. Neben den jährlich stattfindenden Gedenkstunden zum 11. April, wurden dort Sonderausstellungen und Theaterstücke gezeigt, Vorträge gehalten, Musikveranstaltungen organisiert und andere Projekte durchgeführt. Diese Angebote fanden in ihrer Durchführung immer Unterstützung bei gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen. Sei es die Bereitstellung von technischen Ausstattungen, die Mitfinanzierung oder personelle Unterstützung. Die gute Kooperation zeigte



■ *Aufbau der Gedenkstätte, April 1994.*



sich besonders 1998, als die Sonderausstellung „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben. Das Jugend KZ Moringen“ präsentiert wurde. Diese Ausstellung war in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat Volkswagen Werk Salzgitter initiiert worden. Transport,

Aufbau und Öffentlichkeitsarbeit wurden gemeinsam durchgeführt. Marco Otocky, Mitglied der Jugend- und Ausbildungsvertretung, war zehn Tage für die Aufsicht in der Gedenkstätte freigestellt worden. Erstmals war die Gedenkstätte täglich geöffnet und konnte

ohne vorherige Anmeldung besucht werden. Auf Grund der unerwartet hohen Besucherzahlen machte Marco Otocky - zusätzlich zu den Kolleginnen und Kollegen des Arbeitskreises Stadtgeschichte e.V. - auch Führungen in der Sonderausstellung, die Aufsicht im Raum übernahmen spontan Betriebsratsmitglieder der Salzgitter AG.

Es wurde weiterhin geplant, dass die Auszubildenden des VW-Werkes im Rahmen ihrer Ausbildung die Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte besuchen. Ein ähnliches Projekt läuft seit zwei Jahren mit dem Ausbildungszentrum der PPS: Die Kolleginnen und Kollegen des Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. gestalten mit allen Auszubildenden des ersten Lehrjahres in Kleingruppen jeweils einen halben Tag. Informationen zur Geschichte der Stadt und der Werke, ein Besuch in der Gedenkstätte und abschließende Diskussionen, auch zu aktuellen themenbezogenen Problemen<sup>39</sup>, sollen den Auszubildenden die Reflexion der eigenen Arbeitswelt und gesellschaftspolitischer Entwicklungen erleichtern.

Aktuell ist angestrebt, dass die Jugendvertretungen und die Jugendsekretärin der IG Metall, Jutta Ehlers, auf alle ausbildenden Betriebe einwirken, dieses Projekt zum obligatorischen Bestandteil der Ausbildung werden zu lassen. Gerade in Zeiten, in denen rechts-extreme Tendenzen, Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zunehmen, wäre diese bildungspolitische Maßnahme sinnvoll. Denn folgt man der Studie von Held, Horn und Marvakis, ist der Wille zum politischen Engagement bei jugendlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stark rückläufig.<sup>40</sup>

Nicht nur reden und nachdenken, sondern auch aktiv handeln, wie Walter Gruber auf der ersten Gedenkfeier 1985 forderte, ist also eine wichtige Form, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen und sich ihr anzunähern.

Ansätze hierzu gab es besonders bei den Besuchen ehemaliger KZ-Häftlinge in Salzgitter. Im Sommer 1998 nahmen Auszubildende der PPS an einem mehrtägigen Besuchsprogramm polnischer Gäste teil. Einige der Jugendlichen kamen selbst aus polnischsprachigen Familien und konnten daher mit den Überlebenden ins Gespräch kommen. Diese Begegnungen

wurden von den Auszubildenden als sehr „interessant“ oder „wichtig“ beurteilt, so sagte ein Teilnehmer „*Das, was ich vorher nur gehört oder gesehen hatte, bekam plötzlich eine andere Bedeutung*“.

Formen aktiven Handelns für die Erinnerung oder das Mahnen können aber auch eng mit dem Beruf in Zusammenhang stehen. So bauten Auszubildende der PPS einen Bücherständer und eine Ablage für das Besucherbuch aus Metall, dem Werkstoff, mit dem sie täglich umgehen. Die Jugend- und Ausbildungsvertretung VW organisierte, dass ein Büchertisch für die Gedenkstätte hergestellt wurde.

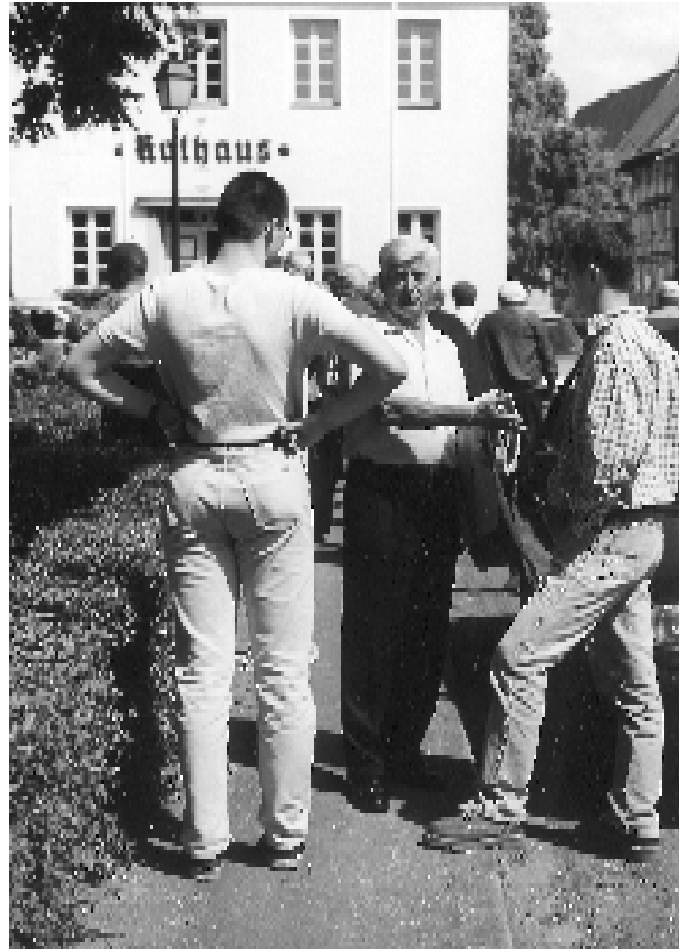
Erinnern und Mahnen muss aber auch über den Ort hinaus stattfinden. Zwei aktuelle Beispiele sind die Friedensarbeit und die Frage der „Entschädigungszahlungen“. Das gewerkschaftliche Engagement für die Durchsetzung von Zahlungen an ehemalige KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter ist in Salzgitter schon sehr früh zu finden. Bereits am 17. Juli 1945 wurde auf einer Betriebsratsversammlung der Reichswerke gefordert, dass „*es eine Ehrenpflicht sein müsste, für ehemalige KZ-Häftlinge oder deren Angehörigen, die aus politischen Gründen jahrelang geschändet worden sind, zu sorgen*“.<sup>41</sup>

1987 formulierte der Gesamtbetriebsrat der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG:

„*Eine Wiedergutmachung des Leidens von Millionen dieser Opfer und des an ihnen begangenen Unrechts ist nicht möglich. Schon die Behauptung, Wiedergutmachung könne durch Geld erfolgen, ist eine Beleidigung der Opfer. Der Umgang mit den Opfern, das Eingehen auf ihre materielle Lebenssituation heute und die materiellen Folgen der Verfolgung, wie die angemessene Entschädigung der Zwangsarbeit, sind wichtige Kriterien für die Weiterentwicklung unserer demokratischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland...*“<sup>42</sup>

In der aktuellen Diskussion um die Durchsetzung von Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, 54 Jahre nach Kriegsende, ist die IG Metall ein wichtiger Gesprächspartner für Betriebe und Politik. Besonders dort, wo es um die Beteiligung

*Auszubildende der PPS  
im Gespräch mit  
ehemaligen KZ-Häft-  
lingen, Juni 1998.*



## Zwangsarbeiter für die Kriegsproduktion

Der nationalsozialistische „Ausländereinsatz“ zwischen 1939 und 1945 stellt den größten Fall der massenhaften zwangsweisen Verwendung von ausländischen Arbeitskräften in der Geschichte seit Ende der Sklaverei im 19. Jahrhundert dar. Im Spätsommer 1944 waren auf dem Gebiet des „Großdeutschen Reiches“ 7,6 Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene offiziell als beschäftigt gemeldet<sup>45</sup>, die man größtenteils zwangsweise zum Arbeitseinsatz ins Reich gebracht hatte.

Fast 28 Prozent dieser Zwangsarbeiter waren in der Metallindustrie und im Bergbau eingesetzt. Allein im Salzgittergebiet arbeiteten etwa 70 000 Zwangsarbeiter. Nicht enthalten sind in diesen Zahlen KZ-Häftlinge, die für die deutsche Industrie arbeiten mussten - in den Konzentrationslagern in Salzgitter waren dies zwischen 1942 und Kriegsende insgesamt etwa 10 000 Männer und Frauen. Deren Einsatz hatte sich bereits 1941 abgezeichnet, als die SS bereit war, der Industrie unter gewissen Bedingungen KZ-Häftlinge zur Verfügung zu stellen, obwohl dies nicht mit der rassistischen bzw. ideologischen Vernichtungspolitik vereinbar schien. Anfangs wurden Häftlinge überwiegend für Bauvorhaben eingesetzt. Ab März 1942 stand der Einsatz der KZ-Häftlinge in der industriellen Fertigung auf der Tagesordnung. Laut Himmlers Befehl war „...konsequent jede Möglichkeit zu ergreifen, um auch die letzte Arbeitsstunde irgendeines Menschen für den Sieg nutzbar zu machen“<sup>46</sup>.

Die Firmen „orderten“ die KZ-Häftlinge bei der SS. Firmenvertreter fuhren in die Konzentrationslager, um geeignete Häftlinge auszusuchen. Für deren Arbeitseinsatz zahlten die Betriebe an die SS: pro Tag 6.- RM für einen Facharbeiter, 4.- RM für einen Hilfsarbeiter. Innerbetriebliche Überlegungen und Rationalitätskriterien beeinflussten die Entscheidung über die Bedingungen des Häftlingseinsatzes maßgeblich. Es wurden ausgefeilte Konzepte für den Arbeitseinsatz der Häftlinge entworfen, die theoretisch betriebsinterne Reibungsverluste verhindern sollten. Die Industrie hatte die Vorteile der Kooperation mit der SS begriffen und sich die innere Logik der Vernichtungspolitik schnell für ihre Zwecke nutzbar gemacht. De facto wurden die Häftlinge in zwei Gruppen eingeteilt: Die der als Facharbeiter ausgewählten „Langzeitarbeitskräfte“ mit schonenderer Behandlung und damit niedrigerer Todesrate und die der „Hilfsarbeiter“, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen so schlecht waren, dass sie nach wenigen Wochen oder Monaten starben. In diesem Sinn nahm die Industrie billigend in Kauf, was die SS anstrebte: „Vernichtung durch Arbeit“.

an einer geplanten Bundesstiftung geht.<sup>43</sup> Die IG Metall Salzgitter hat als ersten Schritt eine Information über den Einsatz von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen in dieser Region zusammenstellen lassen.<sup>44</sup> Die Dimensionen der Zwangsarbeit in Salzgitter sind nur den wenigsten bekannt. Erst wenn ein Grundwissen bei vielen Interessierten vorhanden ist, lassen sich Diskussionen in der Öffentlichkeit angemessen führen.

Durch die Hervorhebung von „Erinnerungsaktivitäten“ wird deutlich, wie stark unser Verständnis von einzelnen Ereignissen abhängt, mit denen wir das Erinnern und Mahnen in Verbindung bringen. Jüngere Besucher erfahren es anders, als diejenigen, die jahrelang um die Gedenkstätte gekämpft haben. Die Erinnerungsarbeit darf also nicht in tradierten Formen erstarren, sondern muss durch aktive Erinnerungsformen im Fluss bleiben.<sup>47</sup>

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> In diesem Kapitel wird lediglich auf die Errichtung der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte eingegangen. Zur antifaschistischen Bildungsarbeit vgl. Kapitel 15
- <sup>2</sup> Besprechung vom 21. Oktober 1942. BA Koblenz, SAG 12 Alt.
- <sup>3</sup> Salzgitter Zeitung, 24. Februar 1982, „Geburtstagsveranstaltungen beginnen“.
- <sup>4</sup> Dr. Wilhelm Höck, 1948 - 1952 Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter, Podiumsdiskussion vom 2. April 1982. Zitiert nach: Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. (Hg.), Opfer, S. 27.
- <sup>5</sup> Vgl. ebd., S. 16ff.
- <sup>6</sup> Salzgitter Zeitung, 4. April 1982, „Eine Liebeserklärung an Salzgitter“. Kontrovers hierzu: Stadtzeitung für Braunschweig, NR. 4, Mai 1982, „Salzgitter im Nationalsozialismus. Geburtstag auf Kosten der Opfer des Nationalsozialismus?“
- <sup>7</sup> Rede von Albrecht Materne, 6. Mai 1982. Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.
- <sup>8</sup> Salzgitter Zeitung, 8. Mai 1982, „Wahrhaft groß, fast ungeheuerlich“.
- <sup>9</sup> Vgl. Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. (Hg.), Opfer, S. 39/40.
- <sup>10</sup> „metall“ Salzgitter, Nr. 2, Jg. 1983, „Rüstungsproduktion in Salzgitter“.
- <sup>11</sup> Vgl. Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. (Hg.), Opfer, S. 69.
- <sup>12</sup> Salzgitter Zeitung, 9. Dezember 1983 „Gedenkstätte für NS-Opfer“.
- <sup>13</sup> Schriftwechsel vom 28. März 1985. Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.
- <sup>14</sup> Internationaler Verband der ehemaligen Häftlinge des KZ Neuengamme und seiner Außenlager.
- <sup>15</sup> Rede von Walter Gruber, am 11. April 1985. Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.
- <sup>16</sup> Rede von Dr. Günter Geisler, am 11. April 1985. Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.
- <sup>17</sup> Rede von Franz Steinkühler, am 11. April 1985. Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.
- <sup>18</sup> Vgl. Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. (Hg.), Jahresbericht 1985.
- <sup>19</sup> Vgl. Schriftwechsel 1985 (besonders MAN/VW-Salgitter). Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V.
- <sup>20</sup> Vgl. NDR I, 2. August 1985, „GBR Vorsitzender Walter Gruber zur Gedenk- und Dokumentationsstätte im Werk Salzgitter“.
- <sup>21</sup> Vgl. Schriftwechsel 1985 - 87. BR-Archiv SZ AG. „metall“ Nr. 9, 2. Mai 1986 „Kein gutes Beispiel“.
- <sup>22</sup> NDR Sendung extra drei, März 1986.
- <sup>23</sup> BR-Bericht, vom 12. Februar 1986. BR-Archiv SZ AG.
- <sup>24</sup> Arbeitsgruppe des Komitees „Dokumentationsstätte KZ Drütte“.
- <sup>25</sup> Schreiben vom 7. Oktober 1985. Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e. V.
- <sup>26</sup> Planungsunterlagen vom September 1985. Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e. V.
- <sup>27</sup> Presseerklärung vom 16. November 1985. BR-Archiv SZ AG.
- <sup>28</sup> Anträge 1985 und 1986. Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e. V.
- <sup>29</sup> Salzgitter Zeitung, 5. Juli 1986, „Ausstellung im Bundeshaus“.
- <sup>30</sup> Redemanuskript Walter Gruber, 16.12.1987. Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e. V.
- <sup>31</sup> Brigitte Heinrich verstarb am 29. Dezember 1987, die Einbringung der wichtigen Erklärung zur Gedenkstätte KZ Drütte war eine ihrer letzten politischen Aktivitäten. Sie erfuhr nicht mehr von der positiven Entscheidung des Parlamentes.
- <sup>32</sup> Mitteilung des europäischen Parlamentes, 22. Januar 1988. Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e. V.
- <sup>33</sup> Schreiben vom 23. Januar 1990. Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e. V.
- <sup>34</sup> Vgl. Niedersächsisches Kultusministerium, S. 4ff .
- <sup>35</sup> Vereinbarung vom 27. Januar 1992. Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e. V.
- <sup>36</sup> Gesprächsnotiz vom 24. Januar 1992. BR-Archiv SZ AG.
- <sup>37</sup> Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. (Hg.), Dokumentation, S. 28.
- <sup>38</sup> Vgl. Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V., Dokumentation 1995.
- <sup>39</sup> Vgl. DGB Bildungswerk Thüringen, S. 21ff.
- <sup>40</sup> Held; Horn; Marvakis, S. 241 ff.
- <sup>41</sup> Bericht über die Betriebsratsversammlung am 17. Juli 1945, BR-Archiv SZ AG.
- <sup>42</sup> „Entschließung zur Entschädigung von Zwangsarbeit“ des GBR vom 15. Mai 1987. Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e. V.
- <sup>43</sup> Vgl. Barwig; Saathoff; Weyde und Faltblatt des IGM Vorstandes „Gerechtigkeit für ehemalige ZwangsarbeiterInnen.“
- <sup>44</sup> Elke Zacharias: Statement zur Entschädigungspolitik. Archiv Arbeitskreis Stadtgeschichte e. V.
- <sup>45</sup> Herbert, S. 271.
- <sup>46</sup> Befehl vom 3. März 1942. Zitiert nach Fröbe, S. 641.
- <sup>47</sup> Vgl. Young, S.45ff.